

SACHSEN-ANHALT KONZEPT 2011

DIE LINKE.

Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Bildung und soziale
Chancengleichheit –
Nachteile ausgleichen,
Teilhabe ermöglichen

Sachsen-Anhalt Konzept 2011

Bildung und soziale
Chancengleichheit –
Nachteile ausgleichen,
Teilhabe ermöglichen

Inhalt

»Bildung als Privileg – damit finden wir uns nicht ab«	4
Schröpfen der öffentlichen Haushalte beenden, solide wirtschaften und klare Schwerpunkte im Haushalt des Landes setzen	6
Allen Kindern eine Zukunft geben – von Anfang an	7
Gemeinschaftsschulen haben Zukunft	9
Jedem Kind eine warme Mahlzeit am Tag	12
Alle Menschen in Schwung bringen	13
Kulturprojekte für alle Kinder und Jugendlichen	14
Schere zwischen »bildungsnahe« und »bildungsfern« schließen	16
Jugendhilfe und Schule wirkungsvoller verbinden	18
Berufsausbildung ist mehr als Jobtraining	19
Ohne Barrieren zu akademischer Bildung	20
Vielfältige Trägerstruktur erhalten	22

»Bildung als Privileg – damit finden wir uns nicht ab«



Der launige Spruch, mit dem Reisende auf den Autobahnen darüber informiert werden, dass sie nun im »Land der Frühaufsteher« angekommen seien, hat, wenn man ein bisschen genauer auf Sachsen-Anhalt schaut, einen bitteren Nachgeschmack. Denn es sind gerade die Betagten, die eher früh aus den Betten raus sind. Aber was geschieht mit den Jungen, mit den Kindern?

Wulf Gallert: Viel zu wenig und noch dazu viel zu viel falsch oder halbherzig. Die Begrenzung der Zeiten für Betreuung und Bildung in den Kindertagesstätten auf fünf Stunden für Kinder arbeitsloser Eltern schränkt die Chancen für diese Kinder ein, gut auf die Wissensgesellschaft vorbereitet zu werden. Daran kann auch die liebevolle und engagierte Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher nichts ändern. Die schulische Bildung leidet unter dem starren Festhalten an einem wenig durchlässigen gegliederten System, in dem noch viel zu viele Jugendliche die Schule ohne einen qualifizierten Abschluss verlassen. Unter allen bisherigen Landesregierungen ist es nicht gelungen, ausreichende Ausbildungskapazitäten in den Lehr-

amtsstudiengängen vor allem in der Didaktik und in der Pädagogik bereitzustellen. Die Zahl der Studienplätze ist sogar gekürzt worden. Daraus resultiert, dass es, zum Teil schon heute, vor allem aber in absehbarer Zeit, in den Kindertagesstätten wie auch an den Schulen an qualifiziertem Personal mangeln wird. Und ob sich eine junge Sozialpädagogin oder ein junger Lehrer etwa aus Hessen nach Sachsen-Anhalt weglocken lässt, wo ja vermeintlich alle früh aufstehen, darf bezweifelt werden. Das Land hat, man kann es nicht anders nennen, hier einfach viel verschlafen.

Dem werden die bislang Regierenden widersprechen mit dem Hinweis darauf, dass sie zwar gewollt, aber nicht gekonnt hätten wegen der schwierigen Haushaltslage. Sie werden sagen, dass das Land eben arm dran sei.

Wulf Gallert: Das ist vordergründig richtig. Aber in jedem Haushalt gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus politisch gewollten Schwerpunktsetzungen ergeben. DIE LINKE dringt darauf, dass den Bildungsausgaben für alle Einrichtungen, von der Kita bis zur Hochschule, in den kommenden Jahren Priorität zukommt und dass richtige Akzente gesetzt werden. Investitionen in Bildung können die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts deutlich positiv beeinflussen.

Reicht das allein schon aus?

Wulf Gallert: Natürlich nicht. Daneben ist vor allem die Bereitstellung ausreichender Kommunalfinanzen unerlässlich, um in den Landkreisen, Städten und Gemeinden Handlungsspielräume zu erhalten oder zurückzugewinnen. Denn

die Kommunen sind wichtige Akteure im Bereich der Sozialpolitik und hier insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Das ist für das Bildungssystem des ganzen Landes deshalb von so großer Bedeutung, weil mehr und mehr Kinder und Jugendliche durch das soziale Netz fallen und dadurch teilweise von Bildungsprozessen und von kultureller und sozialer Teilhabe ausgeschlossen und damit gesellschaftlich ins Abseits geschoben werden. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Bildung schon wieder zu einem Privileg eines neuen Bildungsbürgertums geworden ist. Vielmehr werden wir alles daran setzen, allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultur und Bildung zu eröffnen. Vor allem müssen

wir die Sekundarschulen stärken. Ein ordentlicher Realschulabschluss soll für alle die Chance zu weiterführender Bildung eröffnen, ganz gleich ob für eine klassische Berufsausbildung oder ein Studium. Für einen solchen umfassenden Zugang zu Bildung und Kultur hat die Fraktion entsprechende Konzepte vorgelegt und möchte diese mit den Menschen in Sachsen-Anhalt diskutieren. Dazu lade ich Sie herzlich ein!



*Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE. im Landtag
von Sachsen-Anhalt*

Schröpfen der öffentlichen Haushalte beenden, solide wirtschaften und klare Schwerpunkte im Haushalt des Landes setzen

Die Fraktion DIE LINKE weiß nur zu gut, dass Zielsetzungen und Forderungen das eine, deren Umsetzung allerdings abhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Landes sind.

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Land wie in den meisten Kommunen ist derzeit katastrophal. Die Hauptschuld dafür trägt die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik des Bundes. Über Jahre wurden die großen Vermögen geschont. Bei den Schwächsten wurde der Rotstift angesetzt, ihnen wurde in die Tasche gefasst. So reichen die Steuereinnahmen nicht, um die umfangreichen notwendigen sozialen Leistungen solidarisch und angemessen zu finanzieren. Gerade wenn es um soziale Chancengleichheit und Bildung geht, unterstreichen wir nachdrücklich die Forderungen der LINKEN nach einer Steuerreform, die gerecht die Lasten verteilt und die erforderlichen Spielräume schafft. Die Vorschläge der LINKEN für eine solche Reform liegen auf dem Tisch.

Die Fraktion DIE LINKE muss dennoch davon ausgehen, dass die Aufgaben im Land unter schwierigen und sich noch zuspitzenden finanziellen Verhältnissen gelöst werden müssen.

Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen. Vor allem kommt es auf solides Wirtschaften und das Setzen klarer Schwerpunkte an.

Niemand macht gern Schulden. Wie jede Familie sollte auch das Land nicht über seine Verhältnisse leben. Schulden können einen leicht erdrücken, noch dazu zahlt die Zinsen zum großen Teil der »kleine Mann« oder die »kleine Frau«; die Anleger und Banken profitieren von ihnen.

In der gegenwärtigen Finanzsituation werden wir jedoch nicht umhinkommen, verantwortungsbewusst und mit großer Sparsamkeit neue Kredite aufzunehmen – wenn sie strengen Kriterien genügen: Zukunftsfähigkeit, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit, Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen. Nach diesen Kriterien müssen alle Ausgaben des Landes auf den Prüfstand gestellt werden.

Wer das Land jedoch jetzt kaputtspart, braucht auch nicht mehr von Zukunft zu reden. Wer jetzt gegenüber dem Bund verspricht, auf Kredite zu verzichten, signalisiert der unsozialen schwarz-gelben Umverteilungs- und Rotstiftpolitik der Bundesregierung in der Konsequenz seine Zustimmung.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag lässt sich davon leiten, dass die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts am nachhaltigsten positiv beeinflusst werden kann durch Investitionen in die Bildung – von der Kita bis zur Hochschule.

Dazu gehört auch die Bereitstellung ausreichender Kommunalfinanzen, damit die Landkreise, Städte und Gemeinden ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können. Gerade sie tragen eine große Verantwortung, wenn es um Bildung, Kultur, Sport, Jugend- und Familienarbeit, sozialen Nachteilsausgleich geht. So wie Mann oder Frau sich in seiner und ihrer Gemeinde oder Stadt wohlfühlt und Anregungen und Chancen für ein erfülltes Leben findet – so werden sie zu Recht auch Landespolitik bewerten.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag hat Vertrauen in die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Sie sind wichtige Akteure. Hier auf der kommunalen Ebene

können Landesmittel intelligent und unbürokratisch gebündelt werden – ein Weg, den die Fraktion DIE LINKE zum Beispiel mit ihren Modellen der kommunalen Sozialpauschale und des kommunalen Familienpasses vorschlägt.

Die Fraktion DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Anstrengungen auch des Landes für gute Bildung nicht nachlassen dürfen. Es ist kein Manko, wenn wir in Sachsen-Anhalt in einigen Bereichen über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Wir müssen alles daran setzen, dass aus den erheblichen eingesetzten Mitteln ein ansehnlicher Nutzen erwächst – für jeden Einzelnen wie für das Land.

Die Fraktion DIE LINKE ist sich aber auch darüber im Klaren: In einem Land wie Sachsen-Anhalt wird noch über einen längeren Zeitraum hinweg gerade in den Bereichen der Bildung, der Förderung, des sozialen Nachteilsausgleichs, der Kinder- und Jugendhilfe und anderen es höherer Anstrengungen bedürfen als anderswo. Der Teufelskreis – knappe Familienkassen, soziale Probleme, eingeschränkte Bildungschancen, schlechte Abschlüsse, Arbeitslosigkeit und Selbstaufgabe –, der mehr und mehr Familien in Sachsen-Anhalt meist im Verborgenen

erfasst, muss aufgebrochen werden. Gerade eine Stärkung der frühkindlichen Bildung in den Kitas kommt besonders benachteiligten und armen Familien zugute. Deshalb sieht die Fraktion DIE LINKE hier einen Schwerpunkt.

Dazu kommen die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, eine sich wandelnde Altersstruktur in den Städten und Gemeinden und eine dünne Besiedlungsdichte in vielen Regionen des Landes. Auch dem muss durch gut erreichbare, barrierefreie, flexible Angebote Rechnung getragen werden.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt setzt darauf: Wenn auf den verschiedenen Ebenen mehr dafür getan wird, dass wirklich alle einen vielfältigen Zugang zu Bildung und Kultur finden können, wird das mit neuen Impulsen für das Land verbunden sein und jeder Einzelnen wie jedem Einzelnen Wege zu einem erfüllten Leben eröffnen. In diesem Sinne verstehen wir Bildungs- und Kulturpolitik, die sich mit Nachteilsausgleich verbindet, auch als aktive Sozialpolitik. Geld ist hier gut angelegt, aber es geht nicht nur um Geld.

Allen Kindern eine Zukunft geben – von Anfang an

Für jedes Kind ganztags

Bildung von Anfang an.

Für eine weitere Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher.

So ist es:

Armut in Sachsen-Anhalt bedeutet nicht, dass Kinder hungern oder in Lumpen zur Schule gehen müssen. Doch die materielle Not vieler Familien hat besonders für

deren Kinder so erhebliche Auswirkungen, dass ihrer Entwicklung und Entfaltung enge Grenzen gesetzt sind. Die Gesellschaft lässt zu, dass Kinder durch das soziale Netz fallen und dadurch teilweise von Bildungsprozessen, von kultureller und sozialer Teilhabe ausgeschlossen und in der Folge gesellschaftlich abgehängt werden. Doch Armut und Ausgrenzung sind keine Naturgesetze.

Dieser Entwicklung entgegenzuwirken und damit den Kindern zu ihrem Recht auf Bildung zu verhelfen ist Herausforderung und Aufgabe für alle. Im Jahr 2003 haben CDU und FDP unter Mitwirkung der SPD die falschen Weichen gestellt. Der Anspruch auf ganztägige Bildung in der Kindertagesstätte ist für Kinder erwerbsloser Eltern auf einen Halbtagsanspruch gestrichen worden. Die seitdem bestehende Bildungsungleichheit muss beseitigt werden, damit allen Kindern unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern ein Anspruch auf ganztägige Bildung in Kindertageseinrichtungen zugesichert werden kann.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE setzt sich weiterhin für einen gleichberechtigten Zugang aller Kinder zu den Kindertageseinrichtungen ein. Sie sind unbestritten wichtige und gesellschaftlich anerkannte Bildungseinrichtungen. Sie bieten den Einstieg in die Wissensgesellschaft. Kein Kind darf von diesen Bildungspotentialen ausgeschlossen werden.

DIE LINKE wirbt auf der Basis der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2007 für inklusive Bildung in Kindertageseinrichtungen. Gemeint ist damit, dass alle Kinder aus vielfältigen sozialen Lebenslagen selbstverständlich dazugehören – in allen Bildungseinrichtungen. Kinder lernen vor allem voneinander. Sie nehmen sich und andere intensiv wahr. Die Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen sollte mehr und mehr zur Normalität in allen Kitas werden. Dafür bedarf es entsprechender Standards, um der besonderen Förderung aller Kinder gerecht zu werden.

DIE LINKE steht auf der Seite jener Eltern, die nicht nur erwarten, dass ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit betreut werden, sondern dass in dieser Zeit auch

Bildung und Erziehung durch die Erzieherinnen und Erzieher gewährleistet werden. DIE LINKE spricht sich für eine weitere Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher bis hin zur Hochschulausbildung aus, damit die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kitas verbessert werden kann. Parallel dazu bedarf es einer Verbesserung der Ausbildung an den Fachschulen. Das Programm »Bildung elementar« muss selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung sein. Die Erzieherinnen und Erzieher sollen in die Lage versetzt werden, dieses Programm mit Leben zu erfüllen und es zusammen mit den Eltern und Kindern den jeweiligen Bedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln.

In den Jahren 2010 und 2011 fördert Sachsen-Anhalt die frühkindliche Bildung mit jeweils 165 Millionen Euro. Hinzu kommen der Anteil der Landkreise und Gemeinden (290 Millionen Euro) und die von Eltern aufgebrauchten Beiträge (116 Millionen Euro). Der Eigenanteil der freien Träger der Jugendhilfe liegt jährlich bei etwa 10 Millionen Euro. Damit werden in Sachsen-Anhalt im Bereich der frühkindlichen Bildung jährlich rund 581 Millionen Euro »umgesetzt«. Das ist viel, aber noch längst nicht genug. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt plant allein für die Wiedereinführung des Ganztagsanspruchs für alle Kinder in den Kindertageseinrichtungen eine Erhöhung des Förderrahmens durch das Land in Höhe von jährlich mindestens 37 Millionen Euro. Die Fraktion DIE LINKE ist sich sicher, dass die Wiedereinführung des Ganztagsanspruches – eine Erhöhung der Landesförderung und der daran gekoppelten Förderung durch die Landkreise und kreisfreien Städte vorausgesetzt – auch ohne eine Erhöhung der Elternbeiträge finanziert werden kann.

Gemeinschaftsschulen haben Zukunft

Für eine besondere Förderung jedes Kindes.

Für mehr polytechnische Bildungsangebote.

Für eine verbesserte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

So ist es:

Viele wissenschaftliche Untersuchungen und zahlreiche individuelle Beispiele weisen darauf hin, wie stark das Geflecht der sozialen Bedingungen in Deutschland den Bildungserfolg mitbestimmt. Kinder aus Familien in problematischen Situationen – sei es jahrelange Arbeitslosigkeit, seien es finanzielle Sorgen, Sprachprobleme bei Migrantinnen und Migranten, sei es beruflicher oder persönlicher Stress – haben es schwer. Noch dazu bleibt ihnen oft der schulische Erfolg versagt. In einer ähnlich komplizierten Lage sind häufig auch Kinder, die allein bei ihrer Mutter oder ihrem Vater aufwachsen sowie Kinder aus einem Elternhaus, in dem es auch schon nicht die Chance gegeben hatte, anspruchsvolle Bildung zu erwerben. Auf diese Weise vererbt sich in Deutschland – mehr als in anderen Ländern – Bildungsarmut und, oft genug damit verbunden, materielle Armut. Das trifft auch für Sachsen-Anhalt immer mehr zu. Jahr für Jahr verlassen viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Schulabschluss oder lediglich mit einem Abschluss der – obwohl nicht selten unter großer Mühe und Anstrengung erlangt – von jenen wenig geschätzt wird, die Ausbildungsverträge schließen oder über die Aufnahme in weiterführende Bildungsangebote entscheiden. Allein am Ende des Schuljahres 2008/2009 hatten 2105 Schülerinnen und Schüler mit einem Hauptschulabschluss (davon 817 Mädchen und 1288 Jungen), 799 mit

einem Förderschulabschluss (davon 310 Mädchen und 489 Jungen) und 807 mit Abgangszeugnis (davon 272 Mädchen und 535 Jungen) mit diesen Problemen zu kämpfen.¹

Selbst bei Absolventinnen und Absolventen mit einem Realschulabschluss oder dem Abitur werden nicht selten Defizite beklagt.

Diese wenigen nüchternen Zahlen sind nur ein kleiner Teil des Problems.

Es kommt hinzu, dass

- es an den Schulen nach wie vor erhebliche Probleme beim Umgang mit der wachsenden Vielfalt und Unterschiedlichkeit in den Klassenverbänden und bei der Arbeit in Lerngruppen gibt,
- die Bildungsangebote im Schulbereich nicht ausreichend barrierefrei sind und in Sachsen-Anhalt noch immer, gemessen am Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland, unverhältnismäßig viele Schülerinnen und Schüler die Förderschulen besuchen,
- die Entwicklungsprognose für Kinder im 4. Schuljahrgang nicht sicher, aber die Durchlässigkeit der Bildungsgänge zur Korrektur solcher Entscheidungen ungenügend ist und im gegliederten Schulsystem auch nicht ausreichend entwickelt werden kann,
- die Kapazitäten zur Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt den Anforderungen nicht entsprechen. Es können in Zukunft nicht genügend junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, weil es sie nicht gibt. Viele Absolventinnen und Absolventen, die in den letzten Jahren an den Universitäten im Land ausgebil-

[1] Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahr 2008/2009 – Schuljahresendstatistik, Halle, November 2009.

det worden sind, haben sich eine Stelle außerhalb Sachsen-Anhalts gesucht, weil es hier keine gab.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE ist der Auffassung, dass ein gutes Bildungssystem angesichts der sozialen Lage in Sachsen-Anhalt ganz gezielt Nachteilsausgleiche anbieten muss. Wenn 32,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Sachsen-Anhalt nach dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes² Sozialleistungen des Staates in Anspruch nehmen müssen, dann müssen sich die Schulen, die Schulträger, die Städte und Gemeinden insgesamt und das Land darauf einstellen.

Kostengünstige Mittagsversorgung gerade für die Jüngsten, eine Kostenentlastung bei der Schülerbeförderung und Ganztagsangebote bekommen in Sachsen-Anhalt besonderes Gewicht. Aber auch die Entwicklung der Lernmotivation, das Anknüpfen an die Erfahrungen aus der täglichen Erlebniswelt der Kinder und Jugendlichen, ja die Sprache, mit der in der Schule kommuniziert wird, bedürfen unter diesen Gesichtspunkten besonderer Aufmerksamkeit und Sensibilität.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt verfolgt das Ziel, Schritt für Schritt nach einer vierjährigen Grundschule für Kinder in allen weiterführenden Schulen ein gleichwertiges Bildungsangebot mit unterschiedlichen Profilen und Schwerpunktsetzungen bis zum 9. Schuljahrgang vorzuhalten. In einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium sollen alle diese Schulen den Namen

Allgemeinbildende Gemeinschaftsschule (AGS) tragen. Erst ab dem 10. Schuljahrgang wird es nach diesem Konzept Bildungsangebote geben, die speziell auf ganz bestimmte Abschlüsse gerichtet sind. Dazu zählen die Gymnasien und vielfältige weitere Angebote für eine mittlere berufliche Qualifikation, deren Abschlüsse auch anschlussfähig für höhere Bildung sind. Die Entwicklung hin zu Allgemeinbildenden Gemeinschaftsschulen ist nicht in erster Linie eine strukturelle und schulorganisatorische Veränderung, sondern vor allem eine inhaltliche. Es kommt darauf an, Lernprozesse an den Schulen so zu gestalten, dass alle Kinder erreicht und alle ihre Fähigkeiten und Talente gefördert werden. Jedes Kind hat Stärken und kann auf seine Art zum Lernerfolg der Gruppe beitragen. Auch in der Schule können Kinder und Jugendliche sehr gut und nachhaltig voneinander lernen – im Fachlichen wie in ihren sozialen Erfahrungen. Wenn es gelingt, mit einem klugen pädagogischen Konzept das Lernen in diesem Sinne zu gestalten, werden zugleich auch wichtige Voraussetzungen geschaffen, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und Benachteiligungen gemeinsam lernen können. Gerat bei der Gestaltung pädagogischer Prozesse der individuelle Zugang zu Bildung und Information sowie die soziale Kommunikation stärker in den Blick, sehen wir auch bessere Voraussetzungen, Jungen und Mädchen wirkungsvoller als bisher zu fördern. Die spezifischen Potentiale der Jungen und Mädchen, der jungen Männer und jungen Frauen beim Lernen und in der Lerngemeinschaft müssen analysiert und erschlossen, tradierte Geschlechterstereotype in Frage gestellt und Benachteiligungen konsequent überwunden werden.

DIE LINKE weiß wie jedefrau und jeder mann, dass Lernen besonders dann interessant wird, wenn es sich mit

[2] 2. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Sachsen-Anhalt, Daten und Textstand 15. April 2008, Seite 60, Abb. 30: »Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige nach SGB II unter 15 Jahren nach Ländern im September 2007«, zitiert nach: Informationsangebot der Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

praktischen Erfahrungen verbindet. Deshalb setzt die Fraktion DIE LINKE besonders auf polytechnische Bildungsangebote in allen Schulformen, durch die ein Technikverständnis ausgeprägt und Technik als wesentliche Komponente modernen Kulturfortschritts begriffen und mitgestaltet werden kann. Die Fraktion DIE LINKE sieht in einer ersten Phase der Schulreform, die unmittelbar nach der Landtagswahl 2011 eingeleitet werden kann, Folgendes vor:

■ Die **Grundschule** als bewährte Schulform soll als Schule für alle Kinder weiter profiliert und ausgebaut werden. Die Ausgestaltung der flexiblen Schuleingangsphase wird dazu führen, dass alle schulpflichtigen Kinder die Grundschule besuchen können und – bis auf wenige Ausnahmen – keine Überweisung an Förderschulen mehr erfolgen muss. Nach dem Besuch der Grundschule müssen die Eltern gemeinsam mit den Kindern eine freie Entscheidung über den weiteren Bildungsgang treffen können.

■ In den **Sekundarschulen** soll das Bildungsangebot so sein, dass es allen Kindern die reale Chance eröffnet, mindestens den Realschulabschluss zu erlangen, so dass künftig mehr Absolventinnen und Absolventen einen soliden Schulabschluss erreichen und deutlich weniger als heute mit einem Hauptschulabschluss oder Abgangszeugnis nach Hause gehen. Darüber hinaus sollen an allen Sekundarschulen in den Schuljahren 5 bis 9 auch gymnasiale Angebote bestehen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll sich darauf verlassen können, dass ihnen auch auf der Sekundarschule der direkte Weg zum Abitur offensteht. Deshalb sollen auch alle Sekundarschulen verbindliche Kooperationen mit gymnasialen Oberstufen an Gymnasien, Fachgymnasien oder Gesamtschulen eingehen.

■ Die Arbeit der **Förderzentren** soll weiter qualifiziert werden. DIE LINKE strebt an, dass sich alle Schulen in das Netzwerk eines Förderzentrums einbringen. Hier muss es gelingen, die sonderpädagogischen Kompetenzen der Fachkräfte so einzusetzen, dass alle Kinder und Jugendlichen, die der professionellen Unterstützung in Förderzentren bedürfen, sie auch erhalten können.

■ Auch die **Gymnasien** werden sich verändern. Auch sie müssen alle die Schülerinnen und Schüler annehmen und fördern, die sich für ihr Bildungsangebot entschieden haben. Ein »Abschulen« nach formalen Leistungskriterien an Sekundarschulen muss der Vergangenheit angehören. An Gymnasien sollen alle Abschlüsse erworben werden können. Gerade an den Gymnasien ist es dringend geboten, polytechnische Angebote auf hohem Niveau fest in den Schulalltag zu integrieren.

■ **Gesamtschulen** sollen ihren spezifischen integrativen Charakter weiter ausprägen. Die Schullandschaft selbst ist für Neues zu öffnen. Dazu können Schulverbünde zählen, mit einem Angebot von der ersten Klasse an, Sekundarschulen in bestimmten Regionen, die in Kooperation mit anderen ein besonderes Abitur, verbunden mit beruflicher Qualifikation, anbieten und weitere Formen.

DIE LINKE geht davon aus, dass diese ersten Reformschritte nur gelingen können, wenn sie engagiert getragen werden von allen: von den Gemeinwesen, der Wirtschaft und der Wissenschaft gleichermaßen. Vor allem aber kommt es auf die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleiterinnen und Schulleiter, die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte an. Die Lehrerausbildung selbst braucht neue inhaltliche Impulse. Darüber hinaus müssen die Ausbildungskapazitäten

erhöht werden. Der schon in den nächsten Jahren drohende Lehrkräftemangel wird aber nicht vollständig aufgefangen werden können. Damit nicht die Kinder und Jugendlichen unter der absehbaren angespannten Personalsituation zu leiden haben, müssen vor allem vor Ort kreative Lösungen und neue Wege gefunden werden. Ergänzende Fachkräfte, Helferinnen und Helfer, »Quereinsteigerinnen« und »Quereinsteiger« sollen Lehrkräfte entlasten und zugleich die Lernprozesse bereichern.

Die Fraktion DIE LINKE plädiert dafür, die Kommunen als die Schulträger stärker an den Lernprozessen in der Schule zu beteiligen. Darüber hinaus sollen viele Akteure für regionale Bildungslandschaften gewonnen und in Netzwerken

zusammengeführt werden. Es geht um die Erhöhung der Attraktivität der Städte und Gemeinden sowie der Bildungsqualität an den Schulen. Gleichzeitig sollen auf diesem Wege regionale Ressourcen für Bildung erschlossen und durch Vernetzung effizienter genutzt werden. Wie zukunftsfähig eine Kommune in ihrer Region ist, hängt davon ab, wie kooperativ, kompetent und kreativ die hier lebenden Menschen im öffentlichen und privaten Leben agieren und welche Bedingungen sie für ihr Handeln vorfinden. Erfolgreiche regionale Bildungslandschaften können für alle Partner und für die Region selbst ein wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gewinn sein. Sie stärken Demokratie und bürgerschaftliches Engagement.

Jedem Kind eine warme Mahlzeit am Tag

***Für höchstens einen Euro warm essen.
Für eine gesunde und ausgewogene Ernährung.
Für den Ausgleich sozialer Benachteiligungen.***

So ist es:

Im Schulgesetz ist aufgeschrieben, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Schule eine warme Vollwertmahlzeit zu einem sozial angemessenen Preis erhalten sollen, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Untersuchungen zur Schulverpflegung und zum Ernährungszustand der Kinder und Jugendlichen haben ergeben, dass Fehlernährung, verbunden mit Bewegungsmangel, ernsthafte gesundheitliche Folgen nach sich zieht. In den Schulen und Kindertagesstätten wächst die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die keine warme Mahlzeit zu sich nehmen. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Häufig sind es finanzielle Schwierigkeiten in Familien mit geringem

Einkommen. Eine ausgewogene, gesunde Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für die optimale Entwicklung eines Kindes und für ein erfolgreiches Lernen in Kindertagesstätten und Schulen.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE setzt sich für ein bezahlbares, kostengünstiges und gesundes Mittagessen in allen Kindertagesstätten und Grundschulen ein. Jede Mahlzeit soll für Kinder aus Familien mit geringen finanziellen Mitteln maximal einen Euro kosten. Die jährlichen Gesamtkosten dafür belaufen sich nach Schätzungen der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt auf ca. 24 Millionen Euro. Über die Jugendämter sollen die Schulträger und Kitas eine entsprechende Landesförderung dafür erhalten. DIE LINKE unterstützt das Anliegen und die Arbeit der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung des Landes, die seit Anfang 2010 in Verantwortung der

Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt tätig ist. DIE LINKE weiß, dass die Sicherung einer vernünftigen Essensversorgung in Schulen und Kindertagesstätten nicht nur finanzielle Dimensionen hat: Es geht auch darum, soziale Benachteiligungen in Kitas und Schulen zu lindern. Mehr noch: Nicht unterschätzt werden darf die integrative Wirkung gemeinsam eingenommener Mahlzeiten und damit

einhergehend die Entwicklung und Förderung kommunikativer und gemeinschaftlicher Verhaltensweisen. Das Erlebnis, zusammen zu Mittag zu essen, verbessert nicht nur die Kommunikation unter den Schülerinnen und Schülern, sondern auch zwischen ihnen und der Lehrerschaft. Das gilt ebenso für die Kitas. Insgesamt wirkt sich das gemeinsame Mittagessen positiv auf das Klima in Kita und Schule aus.

Alle Menschen in Schwung bringen

Für alle gleicher Zugang zu Sport und Bewegung.

Für mehr Mädchen und Frauen in den Vereinen.

Für mehr Kooperationen zwischen Vereinen, Kitas und Schulen.

So ist es:

Bewegungsarmut ist heute ein Indiz für einen krankmachenden Lebensstil, der sich vor allem im dritten und vierten Lebensjahrzehnt aus sehr unterschiedlichen Gründen verfestigt. Aber auch schon bei Kindern und Jugendlichen ist ein erhebliches Ansteigen der Zahl gesundheitlicher Risiken, insbesondere Übergewichtigkeit, zu beobachten. Vor allem eine ungesunde Ernährungsweise und wenig Bewegung sind für diese Entwicklungen verantwortlich.

Die Möglichkeiten, die Kitas und Grundschulen haben, dieser Situation entgegenzuwirken, werden zu wenig genutzt. Sport, Spiel und Bewegung kommen im Vorschulbereich nicht selten zu kurz. Vor allem in Grundschulen fallen zu viele Sportstunden aus oder werden allzu häufig fachfremd erteilt. Ausgleichs- und Lockerungsübungen werden in den anderen Fächern zu selten praktiziert. Fakt ist auch, dass gegenwärtig lediglich 19,7 Prozent der Jungen und Männer und

10,1 Prozent der Mädchen und Frauen Mitglieder in Sportvereinen sind. Etwa 35 Prozent der Mitglieder in Sportvereinen sind weiblich und 65 Prozent männlich, also fast doppelt so viele. Bei der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben im Sport sind Frauen mit ca. 13 Prozent gegenüber 87 Prozent bei Männern noch stärker unterrepräsentiert. Ursachen dafür liegen vor allem in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Zum einen ist die Belastung der Frauen in der Familie weiterhin zu groß, zum anderen orientieren sich die Vereinsangebote ungenügend an den Interessen und Bedürfnissen der Frauen, ist die Vereinskultur doch noch immer sehr traditionell männlich ausgerichtet.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE will sich dafür einsetzen, dass Sporttreiben für alle möglich ist und dass Vereine wie FreizeitsportlerInnen in Stadt und Land dafür gute Bedingungen vorfinden. Das muss für jung und alt gelten und darf nicht abhängig vom Geldbeutel sein. Wir wissen, beim Sporttreiben können sich Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft, Einfühlungsvermögen und Kooperationsfähigkeit, Fairness, Teamgeist, Rücksichtnahme und Integration von Schwächeren, Kontinuität und

Durchhaltevermögen sowie die Fähigkeit zu gewinnen und zu verlieren gut entwickeln. In einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft sind solche Eigenschaften wichtig.

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt tritt in diesem Sinne dafür ein, dass

- dem gemeinnützigen Sport weiterhin die kommunalen Sportstätten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden,
- Investitionen in Sportanlagen und Sportstätten das Kriterium der Barrierefreiheit erfüllen,
- die Initiativen des Landessportbundes für eine schrittweise Einbindung der Strategie des »Gender Mainstreaming« in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse fortgeführt werden. Dazu gehört auch, externe Partner wie das Gender-Institut Sachsen-Anhalt in den Prozess einzubeziehen,

- geprüft wird, wie in den Altersgruppen 19 bis 40 der Anteil von Frauen am organisierten Sport erhöht werden kann,
- die Verantwortung der Sportbünde für die Entwicklung des Sports in der Region gestärkt wird,
- der Vereinssport sowie verschiedenste Kooperationsformen zwischen Kita, Schule und Verein besonders gefördert werden,
- Bewegung, Sport und Spiel im Konzept »Bildung elementar« noch stärker beachtet und die materiellen und personellen Bedingungen verbessert werden,
- die Bemühungen von Vereinen und Sportverbänden zur Schaffung besonderer Angebote für sozial benachteiligte Menschen unterstützt werden und
- an mehr Schulen bzw. Kitas das Konzept der »Bewegten Schule« und Elemente des Konzepts »Bewegtes Leben« umgesetzt werden sowie mehr Zeit für Bewegung eingeräumt wird.

Kulturprojekte für alle Kinder und Jugendlichen

Für eine Ausweitung der Projekte »Musisch-ästhetische Bildung« und »Theater als Schule des Sehens«. Für eine kostenfreie Nutzung der Bibliotheken für Kinder und Jugendliche.

So ist es:

Musik, Literatur, bildende Kunst, Theater sind Ausdrucksformen menschlichen Lebens, die emotional tief berühren, anregen, nachdenklich machen und diejenigen nachhaltig prägen, die gelernt haben, in die Geheimnisse der Kunst einzudringen. Elementares Rüstzeug dafür vermittelt neben anderem die Schule, aber erst die intensive Beschäftigung mit einem Kunstwerk oder auch eigenes künstlerisches Tun eröffnen einen Zugang zur Kunst, der bei jeder

und jedem einzigartig ist und das Leben bereichert.

Diese intensive Auseinandersetzung mit Kunstwerken ist jedoch vielen versperrt, weil sie mit Kosten verbunden ist, die individuell getragen werden müssen. Kinder und Jugendliche sind darauf angewiesen, dass ihre Eltern die Ausbildungskosten z. B. an einer Musikschule bezahlen. Selbst bei den Sozialtarifen, die viele Musikschulen im Angebot haben, kommen mehrere Hundert Euro pro Jahr zusammen, da neben den Unterrichtsgebühren auch noch Fahrtkosten und anderes mehr anfallen. Das kann sich nicht jede Familie, jede Mutter, jeder Vater leisten – insbesondere nicht diejenigen, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Selbst geringe Jahresbeiträge für die

Nutzung von Bibliotheken wirken für nicht wenige Kinder und Jugendliche als Barriere. Das und anderes muss sich ändern.

Was wollen wir tun?

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt wird sich auch künftig um einen Nachteilsausgleich für Kinder und Jugendliche bemühen, die das Geld für eine individuelle musikalische Bildung nicht aufbringen können.

Das Projekt »Musisch-ästhetische Bildung in Schulen« (MäBi), 2001 von der damaligen PDS-Fraktion angeregt, 2003 als Programm aufgelegt, hat mittlerweile knapp 3100 Schülerinnen und Schülern eine musikalische Ausbildung ermöglicht. Nicht minder erfolgreich ist das Pilotprojekt »Musisch-ästhetische Bildung: Kooperation von Musikschulen und Kindertagesstätten« (MäBi Kita), um im Rahmen der musikalischen Früherziehung auch Begabungen zu finden, sie zu fördern und dabei sogar eine Berufsperspektive für diese Kinder zu entwickeln. Heute sind in diese Förderung sechs Musikschulen und acht Kindertagesstätten einbezogen. 450 Kinder sind an neun Projekten beteiligt.

Die Fraktion DIE LINKE will, dass die MäBi-Projekte wie auch andere vergleichbare Kunst-Projekte stetig ausgeweitet werden.

In die gleiche Richtung geht ein Vorschlag, den die Fraktion DIE LINKE 2009 in den Landtag eingebracht hat. Unter dem Titel »Theater als Schule des Sehens« soll an Grund- und Förderschulen in den beiden Altmarkkreisen Salzwedel und Stendal

ein Modellprojekt gestartet werden, das später auf das ganze Land ausgeweitet werden kann. Jede Schülerin und jeder Schüler soll mindestens einmal während der Grundschulzeit an einer Theaterauführung teilnehmen. Denn, wenn Kinder im frühen Alter in ihrer Heimatregion mit dem Theater in Kontakt kommen und keine Schwellenangst aufbauen, werden Kunst und Kultur für sie selbstverständlich, entwickeln sich Kreativität und Genussfähigkeit, und vielleicht werden sie später auch zu treuen Theaterbesucherinnen und -besuchern. Bestandteil des Projektes sollen Inszenierungen, Gespräche mit den Künstlerinnen und Künstlern und der Blick hinter die Kulissen sein, um alle Anknüpfungspunkte, die ein Kind an das Theater haben kann, zu nutzen. In das Projekt soll das Theater der Altmark ebenso einbezogen werden wie freie Theatergruppen, um möglichst alle 8360 Grund- und Förderschülerinnen und -schüler in ihren 76 Schulen in der Altmark zu erreichen. Bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2010/11 haben wir erreicht, dass als Startsumme für dieses Projekt jährlich 44.000 Euro eingeplant werden.

DIE LINKE hat sich schon in der Vergangenheit für die kostenfreie Nutzung der Öffentlichen Bibliotheken für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Diese Forderung wurde im Landtag von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Die Fraktion DIE LINKE kämpft jetzt darum, dass diese Kostenfreiheit von den Trägern der Öffentlichen Bibliotheken, den Landkreisen und Kommunen ermöglicht wird, was in einigen Fällen schon so geschehen ist.

Schere zwischen »bildungsnahe« und »bildungsfern« schließen

**Für eine effektive Schulsozialarbeit.
Für wirklich gleiche Chancen für alle
Schülerinnen und Schüler.
Für die Entwicklung sozialpädagogischer
Kompetenzen bei allen
Lehrerinnen und Lehrern.**

So ist es:

Mit der Einkommensschere öffnet sich auch die Bildungsschere immer weiter. Die »soziale Entmischung« in den Wohngebieten zieht Veränderungen in den Schulen nach sich. Die Benachteiligungssymptome sind deutlich: Null-Bock-Stimmung, Schulversagen, Schulverweigerung, finanzielle Zwänge, kriminelle Aktionen, Ablehnung sozialer Werte, Gewaltaktionen, abgehängt von Bildungschancen, sozial an den Rand gedrängt. Auch wenn einzelne Lehrerkollegien sich auf den Weg machen, dem Stigma »Brennpunktschule« mit vielfältigen Aktivitäten gegenzusteuern, so vermag die Schule mit der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen oft nicht produktiv umzugehen. Im Gegenteil! Die gegliederte Struktur verstärkt diese Ungleichheit in hohem Maße:

- Mit aufsteigender Jahrgangsstufe werden die Jungen zu Bildungsverlierern. Sind die Mädchen klüger als die Jungen?
- Die Chance von Kindern aus Akademikerfamilien, zum Gymnasium zu kommen, liegt dreimal höher als die der Kinder aus Familien in sozial schwierigen Verhältnissen. Ist das gerecht?
- Beim Wechsel der Schulform gibt es zehnmal mehr »Abschulungen« vom Gymnasium zur Sekundarschule als »Aufschulungen« in umgekehrter Richtung. Ist das die gesetzlich garantierte Durchlässigkeit zwischen den Schulformen?
- 2008/09 beendeten 18 461 Jugendliche

die allgemeinbildende Schule – 4028 von ihnen unterhalb des Realschulabschlusses, obwohl ihn viele von ihnen bei erfolgreichem Fördern und Fordern hätten haben können. Wird so Ausbildungsreife vorbereitet?

■ Für Nachhilfe geben Eltern für ihre Kinder, die allgemeinbildende Schulen in Sachsen-Anhalt besuchen, jährlich 12.950.000 Euro aus. Was ist mit den Schülerinnen und Schülern, deren Eltern das nicht aufbringen können?

■ Jeder fünfte Jugendliche in Sachsen-Anhalt ist ein potentieller funktionaler Analphabet, ist armutsgefährdet und arbeitslos. Für welche Zukunft haben sie in der Schule gelernt?

Alles in allem stellt sich die Frage:

Ist die Schule überhaupt noch Lernort?

Die Schule ist der Ort, in dem die Bildungsangebote der Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen aufeinandertreffen. Daraus entstehen oft Konflikte, die über die Sachprobleme des Unterrichts dominieren. Aber Lehrkräfte sind nach bisheriger Ausbildung Fachleute für das Unterrichtsfach, nicht für soziale Probleme. Oft bleibt auch zu wenig Zeit, sich um Ursachen von Störungen zu kümmern. Kinder und Jugendliche brauchen aber Ansprechpartner für ihre Probleme, brauchen Bezugspersonen, die ihrem Suchen nach für sie akzeptablen Werten Struktur geben und die ihnen Regeln und Rituale vorleben. Manche Lehrerin und mancher Lehrer werden als solche akzeptiert, manche Mutter und mancher Vater ebenso – aber viele junge Menschen haben diesen Halt nicht.

Was wollen wir tun?

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von

Sachsen-Anhalt unterstützt die Bemühungen, durch eine Kooperation von Jugendhilfe und Schulen möglichst flächendeckend sozialpädagogische Hilfen und Angebote für Schülerinnen und Schüler zu etablieren und damit auch Strukturen zu entwickeln, die nachhaltig auf Beeinträchtigungen des Lernprozesses Einfluss nehmen können. Schulsozialarbeit muss in sozialpädagogisch fundiertem, konzeptionell begründetem und nachhaltigem Handeln den Schulleralltag unmittelbar begleiten. Für eine erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft brauchen junge Menschen nicht nur Lern- und Sachkompetenz, sondern auch Selbst- und Sozialkompetenz. Natürlich sind gute Leistungen und Schulabschlüsse wichtig, aber ebenso wichtig sind ein an positiven Werten orientiertes Selbstwertgefühl, Einfühlungsvermögen und Teamfähigkeit, Kooperations-, Kommunikations-, Problemlöse- und Mitwirkungskompetenz. Weil uns Demokratiefähigkeit als Bildungsziel wichtig ist, müssen wir dafür sorgen, dass sich in den Schulen all diese Kompetenzen ausprägen und dass alle am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten sozialpädagogisch handeln können und wollen.

Denn es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, an jeder Schule eine externe sozialpädagogische Fachkraft einzusetzen. Umso mehr wird sich die Fraktion DIE LINKE dafür einsetzen, dass mit den Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds für das Vorhaben »Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs« ein solider Grundstein gelegt wird für eine effektive Schulsozialarbeit im ganzen Land. 59 Millionen Euro erhält Sachsen-Anhalt in diesem Rahmen für Projekte an Schwerpunktschulen in den Jahren 2007 bis 2013. Dieses Geld muss nachhaltig genutzt und das Projekt mit guten Erfolgen zu Ende geführt werden. Fraktion DIE LINKE will darüber hinaus

- die Schule als Lebens- und Erfahrungsraum organisieren, in dem Kinder und Jugendliche sich durch eigene Aktionen einbringen können,
- die Schule als Verantwortungsraum gestalten, in dem Kindern und Jugendlichen Mitbestimmung zugetraut wird und sie diese tatsächlich ausüben können,
- den Unterricht zu einem Handlungsraum öffnen, in dem der Lernprozess einen echten Bezug zur Lebenswirklichkeit im jeweiligen Sozialraum erhält,
- eine regionale Bildungslandschaft als Netzwerk zwischen der Schule, den kommunalen bzw. regionalen Verantwortungsträgern, den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und den Unternehmen aufbauen, in dem die sozialpädagogische Profilierung der Schule als eine Aufgabe aller Beteiligten empfunden wird,
- die Lehreraus- und -fortbildung zu einem System ausbauen, in dem Lehrenden das notwendige Wissen und Können für das Umsetzen dieser Forderungen nachhaltig vermittelt wird.

DIE LINKE ist überzeugt, dass Schulsozialarbeit an jede Schule gehört – nicht erst als Katastrophenhilfe, sondern als systemisch eingebundene Grundlage des Handelns aller. Auch wenn die finanziellen Möglichkeiten beschränkt sind, ist eine sozialpädagogische Profilbildung differenziert nach Schulsituation möglich. Grundsätzlich wird sozialpädagogische Kompetenz bei allen Lehrkräften gebraucht. Nur so können sie Partnerin oder Partner einer sozialpädagogischen Fachkraft sein, da, wo es eine gibt. Voll erschlossen und gut genutzt werden müssen auch die Ganztagsangebote, die an allen Sekundarschulen vorgehalten werden sollen. In jedem Falle muss gesichert werden, dass nachhaltig und mit hoher Effizienz gearbeitet wird, dass die Vernetzung funktioniert und ein wahrhaft barrierefreier Zugang zu Bildung

gelingt, damit alle Kinder und Jugendlichen erfolgreich lernen können. Nur so kann gesichert werden, dass Lernmotiva-

tion nicht verloren geht und sich die Schere zwischen »bildungsnah« und »bildungsfern« wieder schließt.

Jugendhilfe und Schule wirkungsvoller verbinden

Für eine bessere Kooperation zwischen Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe.

Für neue Angebotsformen in den Schulen.

Für regionale Bildungsnetzwerke.

So ist es:

Das Kultusministerium, das Ministerium für Gesundheit und Soziales und der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt unterzeichneten 2006 ein Material mit dem Titel »Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe im Land Sachsen-Anhalt«. Ziel der Vereinbarung war und ist es, verstärkt sozialpädagogische Kompetenzen in die Schule zu tragen und alternative Schulangebote (wie z. B. produktives Lernen) sowie außerschulische Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu unterstützen. Schwerpunkte bilden dabei Maßnahmen, die der Persönlichkeitsentwicklung dienen und die Schulverweigerung, Verhaltensauffälligkeiten, Jugendkriminalität, Drogenkonsum etc. vermeiden sollen. Unterschiedliche landesweite Studien und Umfragen haben jedoch gezeigt, dass die Kooperation zwischen Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe noch längst nicht jenen gewünschten Umfang angenommen hat.

Was wollen wir tun?

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt anerkennt dennoch, dass sich seit dem Abschluss der Vereinbarung zwischen Schule und Jugendhilfe einige an Zusammenarbeit zwischen

beiden Institutionen entwickelt hat. Doch das genügt nicht. Deshalb ist das Ziel linker Landespolitik, diese Kooperation weiter zu verbessern. Wichtig ist der fachliche Austausch zwischen beiden Professionen: Lehrerinnen und Lehrern und Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Über schulinterne Fortbildungen muss gewährleistet werden, dass Lehrerinnen und Lehrer einen verbindlichen Überblick über die Einrichtungen und Dienste in der Region erhalten – und zwar über die bekannten Institutionen wie das Jugendamt oder die Kita hinaus. Die Fraktion DIE LINKE strebt mit ihrem Konzept zur Schulreform ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und einen Ausbau der Ganztagsangebote zunächst im Sekundarschulbereich an. Hier müssen künftig neben dem Unterricht auch zusätzliche sozialpädagogische Angebote, in welcher Form auch immer, gemacht werden – seien sie unterrichtsbegleitend oder in eine sinnvolle Freizeitgestaltung eingebettet. Um das zu erreichen, wird eine verstärkte Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule auf gleicher Augenhöhe unerlässlich sein – insbesondere vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Mangels an Lehrerinnen und Lehrern. Beide Partner sind gleichermaßen gefragt und gefordert: Die Schulen müssen sich neuen und anderen Angebotsformen öffnen, die Jugendhilfe muss die »Angst« überwinden, ein Stück weit »Teil der Schule« zu werden.

Die Fraktion DIE LINKE strebt regionale Bildungsnetzwerke an, in denen lokale Ressourcen gebündelt werden mit der

Absicht, allen Beteiligten einen Überblick darüber zu geben, wer in der Region in Sachen Bildung agiert und welche Angebote vorhält. Für die Kinder- und Jugendhilfe ist, neben der Rückkehr zum

Ganztagsanspruch für alle Kinder in der Kinderbetreuung, der Erhalt der beiden Landesprogramme Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm politisches Ziel der LINKEN.

Berufsausbildung ist mehr als Jobtraining

Für die Verbindung berufsvorbereitender Maßnahmen mit der Praxis.

Für berufsbildende Schulen mit erkennbarem Profil.

Für mehr innerschulische Demokratie.

So ist es:

In der Öffentlichkeit wird die hohe Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit mangelnder Ausbildungsfähigkeit kritisiert. Vor allem Jugendliche aus finanzschwachen und bildungsfernen Elternhäusern oder von Migrantinnen und Migranten sind davon betroffen. So werden Armut und soziale Spaltung vererbt.

Die personelle Ausstattung der Berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt ist trotz der sinkenden Schülerzahlen noch ungenügend. Sie bleibt hinter den bundesdeutschen Standards zurück.

Es gibt in der Bundesrepublik Bestrebungen, über eine Modularisierung ganzheitliche Berufsbilder auszuhöhlen und das Zusammenwirken der Sozialpartner bei der Ausgestaltung der Berufsbilder zu unterlaufen. Billigausbildungen führen jedoch geradewegs in den Billiglohnsektor. Einer solchen Entwicklung erteilt DIE LINKE eine klare Absage. Berufsausbildung darf nicht zum kurzfristigen Jobtraining verkommen.

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ist noch nicht auf einem stabilen Entwicklungspfad. Unter den kleinen Betrieben ist der Anteil nicht ausbildender Unter-

nehmen am höchsten, ein Teil der Gruppe der größeren Betriebe wird seiner Verantwortung für die Ausbildung nicht gerecht. So reicht insgesamt die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bei weitem nicht aus, um eine freie Berufswahl zu gewährleisten. Folge dieses Defizits: Sachsen-Anhalt droht auf vielen Gebieten ein Fachkräftemangel, der zu einem Hindernis für die gesellschaftliche Entwicklung werden kann, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE geht davon aus, dass auch die Berufsbildung einen eigenen Beitrag leisten muss, um eine Benachteiligung in der allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung und Berufsbildungsfähigkeit bei Jugendlichen auszugleichen.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hält es deshalb für erforderlich,

- die gesamte Ausbildungszeit als Einheit von betrieblicher und schulischer Ausbildung zu gestalten, betriebliche Praxis und schulische Bildungsangebote zu verzahnen, Ausbildungsmotivation zu entwickeln und fachliches Grundwissen zu vermitteln,
- die berufsvorbereitenden Maßnahmen in stärkerem Maße sozialpädagogisch zu unterstützen und systematisch mit der betrieblichen Praxis zu verbinden,
- die Ausbildung zu nutzen, um traditionelle geschlechtsspezifische Berufskarrieren aufzubrechen,
- für Menschen mit Behinderungen in

allen beruflichen Ausbildungsbereichen allseitige Barrierefreiheit und sonderpädagogische und andere spezifische Förderung zu gewährleisten und

- Ausbildungsangebote für benachteiligte Jugendliche möglichst wohnortnah vorzuhalten.

Die berufsvorbereitenden Ausbildungen müssen einen klar erkennbaren berufsbildenden Effekt haben. So weit wie möglich sollen sie auf nachfolgende berufliche Qualifikationen angemessen angerechnet werden können. Sogenannte Warteschleifen ohne nachvollziehbaren Qualifikationsgewinn müssen abgeschafft werden.

DIE LINKE tritt dafür ein, den jungen Menschen nach erfolgreichen ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen den Zugang zu allen in Frage kommenden beruflichen Ausbildungen und die Perspektive vollwertiger Berufsabschlüsse zu eröffnen. Die beruflichen Ausbildungsangebote an den Berufsbildenden Schulen sollen die regionale Entwicklung einer leistungs- und zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaft und einer guten sozialen Infrastruktur unterstützen. In diesem Sinne setzt sich die Fraktion

DIE LINKE für eine Profilbildung der Berufsbildenden Schulen ein, die eine Balance zwischen regionalspezifischer Schwerpunktbildung und der Sicherung einer erforderlichen Ausbildungsbreite gewährleistet.

Sie sieht die Notwendigkeit, die Ausbildung für das Lehramt in der Berufsbildung zu stärken.

Die Fraktion DIE LINKE ist offen für Entwicklungen, die zu mehr Selbständigkeit und zu erweiterten Handlungsmöglichkeiten Berufsbildender Schulen führen, wenn dabei auch gleichzeitig die innerschulische Demokratie ausgebaut wird.

DIE LINKE setzt sich für ein hohes Niveau der Ausbildung in den Berufen sowohl im Betrieb als auch in der Berufsbildenden Schule ein. Die Ausbildung an den Berufsbildenden Schulen muss hohes Fachwissen mit erweiterter Allgemeinbildung verbinden. Sozialkompetenz, Wissen über Kultur, Geschichte und Gesellschaft, die Bereitschaft zum demokratischen Engagement, das Erlernen von Fremdsprachen und Medienkompetenz gehören zum unverzichtbaren Profil der Absolventinnen und Absolventen einer erfolgreichen Berufsausbildung.

Ohne Barrieren zu akademischer Bildung

**Für vielfältige Wege zum Studium.
Für eine breite akademische Bildung.
Für leistungsstarke Hochschulen,
die Demokratie und Weltoffenheit
befördern.
Für eine Reform der Ausbildungsförderung.**

So ist es:

Es wird gern behauptet, dass grundsätzlich jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, eine Studienzugangsberechtigung zu erwerben und ein

Studium zu beginnen. Jedoch ist es offensichtlich, dass dieser Anspruch in der Realität nicht eingelöst wird. Kinder aus unteren Mittelstands- und Arbeiterkreisen haben immer noch erheblich schlechtere Chancen zu studieren. Das signalisiert eine gefährliche soziale Schieflage der Gesellschaft und lässt wichtige Potentiale für ihre Entwicklung ungenutzt.

Die personelle und finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist, gemessen an ihren Aufgaben und den Studierenden-

zahlen, im Ganzen nicht ausreichend. Der finanzielle Druck hat zu Einschnitten im fachlichen Profil geführt, gefährdet die Qualität vor allem der Lehre und zieht selbst in den wissenschaftlichen Einrichtungen prekäre Beschäftigungsverhältnisse nach sich.

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist vielfach mit wachsendem Zeit- und Leistungsdruck im Studium verbunden. Bei manchen Studiengängen ist die Studierbarkeit aus dem Blick geraten. Zunehmend gelten statt akademischer Vielfalt nur noch fragwürdige Maßstäbe einer engen Fachausbildung.

Auch diese Entwicklungen befördern keinen breiteren Bildungszugang. Mancher scheitert am »Turbo-Studieren«, mancher kann sich ein Studium, das keinen Raum für einen Zusatzverdienst mehr lässt, schlichtweg nicht leisten. Hinzu kommt, dass nach wie vor Frauen und junge Familien mit Kindern im Studium, aber vor allem in ihrer wissenschaftlichen Karriere behindert werden. Das ist ungerecht und kurzsichtig. Denn es verschließt der Wissenschaft erhebliche Potenziale, lässt ungewöhnliche Problemsichten und kreative Ansätze genauso ungenutzt wie besondere soziale Kompetenzen.

Und auch hier, in den Hochschulen und Universitäten, ist die Bildungsteilhabe der Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen längst nicht überall möglich: Die Hochschulen sind noch nicht in einem umfassenden Sinne barrierefrei.

Was wollen wir tun?

DIE LINKE versteht unter »akademischer Bildung« mehr als lediglich eine Berufsausbildung auf hohem Niveau. Mit akademischer Bildung verbindet sich der Anspruch, den kulturellen und intellektuellen Reichtum der Menschheit in hoher eigener Verantwortung und aus eigenem Antrieb zu erschließen und sich kritisch

damit auseinanderzusetzen. Es gehört deshalb zu den unveräußerlichen Werten einer demokratischen Gesellschaft, allen, die danach streben, den Zugang zu akademischer Bildung zu ermöglichen. DIE LINKE will, dass »Wissen« mehr qualifizierte, dauerhafte Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt schafft, die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung stärkt, Kultur pflegt und bereichert sowie Demokratie und Weltoffenheit im Land fördert.

DIE LINKE will im Sinne eines sozial breit gefächerten Hochschulzugangs die Wege zu einem Hochschulstudium nicht mehr nur auf das Abitur beschränken. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch mit einer anspruchsvollen mittleren beruflichen Ausbildung sowie nach beruflicher Tätigkeit mehr Interessierte ein Studium aufnehmen können. Darüber hinaus sind berufs begleitende Studienangebote und duale Studienformen zu erweitern. Solche Formen müssen realen Qualifizierungsbedürfnissen entsprechen.

Die LINKE ist strikt gegen Studiengebühren. Sie tritt dafür ein, dass sie auch künftig in Sachsen-Anhalt weder in Bachelor- noch in Masterstudiengängen erhoben werden.

Das schließt gleichfalls sogenannte Langzeitstudiengebühren und Entgelte für die Überlassung von Lernmitteln, Fernstudienmaterialien, multimedial aufbereiteten oder telematisch bereitgestellten Studienmaterialien aus. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene für eine Reform der Ausbildungsförderung ein. Die Ausbildungsförderung muss auskömmlich sein und mehr Studierenden zugute kommen. Langfristig ist auch für Studierende eine soziale Grundsicherung anzustreben, die unabhängig von der Finanzlage der Eltern allen zusteht. Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass Studierende, die erfolgreich das Bache-

lorstudium absolviert haben, das Recht erhalten, ein Masterstudium anzuschließen. Deshalb müssen die Hochschulkapazitäten so bemessen werden, dass alle Studierenden, die dies wünschen, auch tatsächlich die Möglichkeit haben, einen Masterstudiengang zu belegen. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Schaffung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen ein, um die Gleichstellung von Männern und Frauen wirksamer zu gewährleisten und den besonderen Bedürfnissen von Studierenden und Wissenschaftlern mit Kindern besser gerecht zu werden. Auch die Belange von Studierenden mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sind in allen Fragen des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit besser zu berücksichtigen. Gerade in einer alternativen Gesellschaft sollten die Belange behinderter Menschen und die Verbesserung ihrer Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe stärker Gegenstand von Wissenschaft und Forschung sein. Die Fraktion DIE LINKE anerkennt, dass die Studentenwerke einen unverzichtbaren Beitrag leisten, damit viele ihr Studium zu einem guten Abschluss bringen können. Gerade für Studierende,

die nur ein schmales Einkommen haben, sind die Dienstleistungen der Studentenwerke eine wichtige Unterstützung. Heute reichen die Aufgaben der Studentenwerke weit über den sozialen Bereich hinaus. Ihre Existenz als öffentliche Einrichtung muss langfristig gewährleistet, ihre Finanzierung verlässlich gesichert werden.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Hochschulen ein. Streichungen an den Hochschulbudgets kann es unter den derzeitigen Bedingungen nicht geben. Nach Auslaufen der noch 2010 zwischen Landesregierung und Hochschulen abzuschließenden Zielvereinbarungen im Jahr 2013 wollen wir auf der Grundlage einer differenzierten Betrachtung die Budgets der Hochschulen einer Überprüfung unterziehen und gegebenenfalls neu justieren. Wenn bis dahin den höchsten Bildungsstätten neue oder erweiterte Aufgaben übertragen werden oder gravierende Belastungen auftreten, muss im Rahmen der Möglichkeiten finanziell nachgesteuert werden. Ein solcher Eingriff wird notwendig sein, um unverzüglich die Kapazität der Lehrerausbildung zu erhöhen.

Vielfältige Trägerstruktur erhalten

***Für eine Vernetzung der Träger der Erwachsenenbildung.
Für gut erreichbare Bildungsangebote auch im ländlichen Raum.***

So ist es:

Es ist auch in Sachsen-Anhalt allgemein anerkannt, dass Erwachsenenbildung eine wichtige Säule des lebensbegleitenden Lernens ist. Unbestritten haben berufliche Weiterbildung und Qualifizierung einen hohen Stellenwert. Erwachsenenbildung muss aber mehr bieten.

Vielfältige Angebote in den Bereichen der allgemeinen Bildung, der kulturellen, politischen, sprachlichen oder sportlichen Bildung halten wir für unverzichtbar für die Bürgerinnen und Bürger wie für eine zivilgesellschaftliche, demokratische Entwicklung der Städte und Gemeinden. Gerade in diesen Bildungsbereichen bestehen erhebliche Probleme: Die finanziellen Spielräume sind eng, die Beschäftigungsverhältnisse der in der Erwachsenenbildung Tätigen oft prekär, die Teilnehmerzahlen insgesamt rückläufig.

Erfreulich ist, dass sie bei den Seniorinnen und Senioren entgegen dem allgemeinen Trend deutlich steigen. Frauen nehmen die Angebote der Erwachsenenbildung viel häufiger in Anspruch als Männer. Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Bildungsangebote in diesem Bereich nutzen, ist gewachsen.

Vor allem bei den Volkshochschulen haben sich im Zuge der Kreisgebietsreform Konzentrationsprozesse vollzogen. Ihre Zahl sank von 24 auf 15 Einrichtungen. Nicht selten sind die Wege zu den Angeboten der Erwachsenenbildung länger geworden.

Schon lange müssen die Landkreise und freien Träger der Erwachsenenbildung einen erheblichen Anteil der Kosten schultern, die Landesförderung ist gering. Das birgt zunehmend die Gefahr, dass Angebote nicht mehr zu günstigen Teilnahmegebühren genutzt werden können. Hinzu tritt, dass die Förderbedingungen die Entwicklung der vergangenen Jahre nur ungenügend berücksichtigen.

Was wollen wir tun?

Die Förderung der Erwachsenenbildung muss verlässlich sein.

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt will jene Voraussetzungen für einen langfristigen Erhalt der Volkshochschulen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen, die vom Land zu verantworten sind. Gleichzeitig muss es möglich sein, durch ein angemessenes Netz von Außenstellen und durch mobile Angebote zu gewährleisten, dass auch in ländlichen Regionen Erwachsenenbildung für alle erreichbar ist. Angesichts der sich wandelnden

altersmäßigen und sozialen Zusammensetzung der Bildungsinteressierten erlangt das eine besondere Bedeutung. Die Förderinstrumente müssen besser der Angebotsstruktur angepasst werden. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich darüber hinaus dafür ein, eine vielfältige Trägerstruktur in der Jugend- und Erwachsenenbildung zu erhalten.

Um unter den auch künftig schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen eine gute und bedarfsgerechte Bildungsarbeit zu gewährleisten, setzt sich DIE LINKE für eine sinnvolle Vernetzung der Angebote in den Regionen und für die Weiterentwicklung von Kooperationen zwischen Bildungsanbietern, Unternehmen, berufsbildenden Schulen, Schulen des zweiten Bildungsweges, weiteren allgemeinbildenden Schulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen ein.

Dabei geht es uns um eine breite Angebotspalette. Eine Reduzierung allein auf berufsorientierte Angebote würde die Erwachsenenbildung erheblich verarmen lassen.

Besondere Schwerpunkte sehen wir in der Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten, im Erlernen von Fremdsprachen, in Angeboten zum Erwerb von Schulabschlüssen für Erwachsene und in der politischen Bildung.

In der beruflichen Aus-, Weiter- und Fortbildung sehen sich die Bildungssuchenden oft einem Dschungel von Angeboten gegenüber. Effektive Weiterbildungsberatung muss daher einen festen Platz im Bereich der Erwachsenenbildung haben. DIE LINKE hält es auch für erforderlich, die Fortbildung und Qualifizierung der in der Erwachsenenbildung Tätigen besser zu unterstützen.

Die vorliegende Broschüre mit dem Titel

»Bildung und soziale Chancengleichheit – Nachteile ausgleichen, Teilhabe ermöglichen« ist vom Arbeitskreis 2, »Bildung und Soziales«, der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

erarbeitet worden. Die Themenfelder dieses Arbeitskreises, der von Birke Bull geleitet wird, sind Soziales, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit, Schulen, Hochschulen, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Medien, Politik für Menschen mit Behinderungen, Sport und Gleichstellung.

Die Sprecherinnen und Sprecher für die unterschiedlichen Themenbereich sind:

Birke Bull

(bull@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Sozial- und Gleichstellungspolitik,

Eva von Angern

(vonangern@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik,

Dr. Detlef Eckert

(eckert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Politik für Menschen mit Behinderungen und Sportpolitik,

Jutta Fiedler

(fiedler@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Bildungspolitik,

Stefan Gebhardt

(gebhardt@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Kultur- und Medienpolitik,

Matthias Höhn

(hoehn@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Bildungspolitik,

Hendrik Lange

(lange@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Hochschul- und Wissenschaftspolitik,

Hans-Joachim Mewes

(mewes@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Aus- und Weiterbildungspolitik und

Heidelinde Penndorf

(penndorf@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Gesundheitspolitik.

Weitere MitarbeiterInnen sind:

Alexander Fuchs

(fuchsa@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Kinder-, Jugend und Familienpolitik,

Dr. Jutta Hildebrand

(hildebrand@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Sozial- und Gesundheitspolitik und für Politik für Menschen mit Behinderungen,

Peter Joseph

(joseph@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Bildungs- und Hochschulpolitik und

Dr. Martin Reso

(reso@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)
für Kultur- und Medienpolitik.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0391/560 50 04
Fax: 0391/560 50 08

August 2010

© DIE LINKE. Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt
Satz und Layout:
DiG/Plus GmbH, Berlin

Dieses Material darf nicht zu
Wahlkampfzwecken verwendet werden.

www.dielinke-fraktion-lsa.de